

BEVOR SIE



IN DEN KIELER LANDTAG WÄHLEN,

LESEN SIE DIES:

1. NACH ALLEN SEITEN OFFEN UND NICHT VERLÄSSLICH - WAS WÄHLT MAN DA EIGENTLICH?

Je nach Wahlergebnis wollen die Grünen mit SPD, SSW, FDP oder auch der CDU zusammenarbeiten, um in Kiel an der Macht zu bleiben. Auch wenn es um die Besetzung höchster Ämter an Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht geht, teilen diese Parteien die Posten einvernehmlich und ohne offene Ausschreibung untereinander auf. Der publikumswirksam zelebrierte Streit der Grünen mit FDP und CDU soll davon ablenken, dass sich ihre Positionen in Wahrheit immer weiter annähern. Selbst an den eigenen Ankündigungen im Koalitionsvertrag der „Küstenkoalition“ gemessen gilt für die Nord-Grünen vielfach ‘versprochen, gebrochen’:

- keine Abschaffung von **Unternehmenssubventionen**
- keine Erhöhung der **Cannabis-Eigenbedarfsmenge**, Ablehnung der PIRATEN-Initiative zur Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums durch die Landtagsabgeordneten der Grünen
- kein Verkauf der landeseigenen **Spielbanken**
- keine Bundesratsinitiative zur Einführung einer **Vermögenssteuer**
- kein Ausbau der **Verbraucherberatung**, sondern Einschränkung der Beratungszeiten
- kein Konzept zum Schutz von **Whistleblowern**, ersatzlose Ablehnung der PIRATEN-Initiative zum Whistleblowerschutz im öffentlichen Dienst

2. ÖKOLOGISCH WAR GESTERN - WER SCHÜTZT UMWELT UND NATUR VOR DEN GRÜNEN?

Von der rot-grün-blauen Landesregierung und dem grünen Umweltminister Dr. Habeck ist zu verantworten:

- Genehmigung der **Verklappung giftigen Hamburger Hafenschlicks**, der Blei, Quecksilber, Arsen und DDT enthält, in der Nordsee gegen Millionenzahlungen
- Politische Unterstützung **hochriskanter und klimaschädlicher Ölbohrungen** in Schleswig-Holstein als „vergleichsweise umweltverträglich“ und „moralisch geboten“ durch Energiewendeminister Dr. Habeck
- Jahrelange Verschleppung der Untersuchung **potenziell giftigen Öl- und Bohrschlamms** in 70 Gemeinden Schleswig-Holsteins, teilweise in Trinkwassereinzugsgebieten und auf landwirtschaftlich genutzten Äckern; Geheimhaltung der Verdachtsstandorte selbst vor den Eigentümern
- **Zustimmung zum Fracking-Ermöglichungsgesetz** des Bundes und Ablehnung des von PIRATEN, BUND und Bürgerinitiativen geforderten Landesgesetzes zum Verbot von Fracking in Schleswig-Holstein
- Geplante Genehmigung der **Einlagerung abgebrannter Brennstäbe** am AKW Brunsbüttel trotz Gerichtsurteil und eines negativen Greenpeace-Rechtsgutachtens
- Unterstützung der Anbindung des geplanten **umwelt- und tourismusschädlichen Fehmarnbelt-Tunnels** durch das Land trotz Kritik von Umweltverbänden; Abschieben der alleinigen Verantwortung auf den Bund
- Nein zum **Konzernabkommen CETA** im Bundesrat wird von Grünen nicht zur Koalitionsbedingung gemacht; keine Aussage der rot-grün-blauen Landesregierung, wie sie im Bundesrat abstimmen wird
- Inanspruchnahme eines **„Chefwagens“ mit Chauffeur** durch die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, mit dem auch Privatfahrten zugelassen sind

BEVOR SIE



IN DEN KIELER LANDTAG WÄHLEN,

LESEN SIE DIES:

1. NACH ALLEN SEITEN OFFEN UND NICHT VERLÄSSLICH - WAS WÄHLT MAN DA EIGENTLICH?

Je nach Wahlergebnis wollen die Grünen mit SPD, SSW, FDP oder auch der CDU zusammenarbeiten, um in Kiel an der Macht zu bleiben. Auch wenn es um die Besetzung höchster Ämter an Landesrechnungshof und Landesverfassungsgericht geht, teilen diese Parteien die Posten einvernehmlich und ohne offene Ausschreibung untereinander auf. Der publikumswirksam zelebrierte Streit der Grünen mit FDP und CDU soll davon ablenken, dass sich ihre Positionen in Wahrheit immer weiter annähern. Selbst an den eigenen Ankündigungen im Koalitionsvertrag der „Küstenkoalition“ gemessen gilt für die Nord-Grünen vielfach ‘versprochen, gebrochen’:

- keine Abschaffung von **Unternehmenssubventionen**
- keine Erhöhung der **Cannabis-Eigenbedarfsmenge**, Ablehnung der PIRATEN-Initiative zur Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums durch die Landtagsabgeordneten der Grünen
- kein Verkauf der landeseigenen **Spielbanken**
- keine Bundesratsinitiative zur Einführung einer **Vermögenssteuer**
- kein Ausbau der **Verbraucherberatung**, sondern Einschränkung der Beratungszeiten
- kein Konzept zum Schutz von **Whistleblowern**, ersatzlose Ablehnung der PIRATEN-Initiative zum Whistleblowerschutz im öffentlichen Dienst

2. ÖKOLOGISCH WAR GESTERN - WER SCHÜTZT UMWELT UND NATUR VOR DEN GRÜNEN?

Von der rot-grün-blauen Landesregierung und dem grünen Umweltminister Dr. Habeck ist zu verantworten:

- Genehmigung der **Verklappung giftigen Hamburger Hafenschlicks**, der Blei, Quecksilber, Arsen und DDT enthält, in der Nordsee gegen Millionenzahlungen
- Politische Unterstützung **hochriskanter und klimaschädlicher Ölbohrungen** in Schleswig-Holstein als „vergleichsweise umweltverträglich“ und „moralisch geboten“ durch Energiewendeminister Dr. Habeck
- Jahrelange Verschleppung der Untersuchung **potenziell giftigen Öl- und Bohrschlamms** in 70 Gemeinden Schleswig-Holsteins, teilweise in Trinkwassereinzugsgebieten und auf landwirtschaftlich genutzten Äckern; Geheimhaltung der Verdachtsstandorte selbst vor den Eigentümern
- **Zustimmung zum Fracking-Ermöglichungsgesetz** des Bundes und Ablehnung des von PIRATEN, BUND und Bürgerinitiativen geforderten Landesgesetzes zum Verbot von Fracking in Schleswig-Holstein
- Geplante Genehmigung der **Einlagerung abgebrannter Brennstäbe** am AKW Brunsbüttel trotz Gerichtsurteil und eines negativen Greenpeace-Rechtsgutachtens
- Unterstützung der Anbindung des geplanten **umwelt- und tourismusschädlichen Fehmarnbelt-Tunnels** durch das Land trotz Kritik von Umweltverbänden; Abschieben der alleinigen Verantwortung auf den Bund
- Nein zum **Konzernabkommen CETA** im Bundesrat wird von Grünen nicht zur Koalitionsbedingung gemacht; keine Aussage der rot-grün-blauen Landesregierung, wie sie im Bundesrat abstimmen wird
- Inanspruchnahme eines **„Chefwagens“ mit Chauffeur** durch die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, mit dem auch Privatfahrten zugelassen sind

3. ENERGIEWENDE WIRD VOR DIE WAND GEFAHREN

Nach Plänen der rot-grün-blauen Landesregierung sollen akzeptierte Bürgerwindparks etwa in Nordfriesland nicht weiter betrieben werden dürfen, während in Gemeinden mit klar ablehnenden Bürgerentscheiden neue Anlagen errichtet werden sollen. Als Ergebnis dieser Politik ist inzwischen jeder zweite Schleswig-Holsteiner vollständig gegen einen Ausbau der Windenergie an Land – Tendenz steigend. Die Grünen stimmten im Landtag dennoch gegen einen Gesetzentwurf der PIRATEN, nach dem zur Sicherung der Akzeptanz Gemeindebeschlüsse und Bürgerentscheide zu neuen Windparks verbindlich von der Landesplanung beachtet werden sollen. Der Behauptung der Landesregierung, ein solches Gesetz sei nicht zulässig, widersprechen namhafte Juristen.

4. GEHEIMHALTUNG STATT TRANSPARENZ

Mit den Stimmen der Grünen soll der öffentliche Zugangs zu **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes** des Landtags, der beispielsweise die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüft, gestrichen werden. Der grüne Umweltminister hält **Bohrpläne von Erdölkonzernen** als „Geschäftsgeheimnisse“ geheim. Die **Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten** sollen nicht wie versprochen betragsgenau und auch erst nach Abschluss der Landtagswahl im Mai 2017 veröffentlicht werden. Die Grünen stimmten gegen die PIRATEN-Initiative zur Offenlegung der Verfasser von Gesetzentwürfen, die von Lobbyisten abgeschrieben wurden (**Gesetzgebungs-Outsourcing**). Die grüne Finanzministerin und Spitzenkandidatin Monika Heinold baute Schlupflöcher in das von den PIRATEN initiierte Gesetz zur **Offenlegung öffentlicher Managergehälter** ein, so dass die Gehälter bei bestehenden Verträgen, Kammern, öffentlichen Banken und Versicherungen geheim bleiben. Übrigens finden die **Sitzungen der Grünen im Landtag** vollständig hinter verschlossenen Türen und ohne Internet-Übertragung wie bei den PIRATEN statt.

5. MEHR ÜBERWACHUNG, ABBAU VON BÜRGERRECHTEN

Unter rot-grün-blauer Landesregierung wurde die **Videoüberwachung** in Nahverkehrszügen ausgeweitet, in Streifenwagen eingebaut, im Justizvollzug und bei psychisch kranken Straftätern erlaubt. Das neue **Versammlungsgesetz** erlaubt die verdachtslose Durchsuchung von Demonstranten, die Videoüberwachung ganzer Demonstrationen aus der Luft, vorbeugende Verbote der Teilnahme an Demonstrationen, sieht höhere Bußgelder und weitreichende Anzeigepflichten für Veranstalter vor. Der Bau eines neuen **„Telekommunikations-Überwachungszentrums Nord“** wurde mit den Stimmen der Grünen beschlossen. Der grüne Umweltminister stimmte im Bundesrat für den **Zwangseinbau digitaler Stromzähler** in jede Privatwohnung, die privateste Informationen über unsere Anwesenheit und unser Verhalten in den eigenen vier Wänden sammeln. Nach dem Landesgesetz zur **Bestandsdatenauskunft** dürfen Polizei und Verfassungsschutz nicht nur von Telekommunikationsanbietern wie der Telekom, sondern auch von „Telemedien-Diensteanbietern“ wie Facebook, Google oder Twitter Daten über die Nutzer und ihr Kommunikations- und Surfverhalten einschließlich ihrer Passwörter abgreifen. Die Grünen lehnten Anträge der PIRATEN ab, Schleswig-Holstein möge gegen die **Vorratsdatenspeicherung** vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und im Bundesrat die Aufhebung des grundrechtswidrigen Gesetzes beantragen.

6. KEIN GELD ZUR GESTALTUNG DER DIGITALEN REVOLUTION

Die Grünen im Landtag lehnen es ab, Geld bereitzustellen für eine Online-Sprechstunde der Bürgerbeauftragten, verbesserte Abrufbarkeit von Vorlesungen über das Internet, ein Portal zur Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren, einen digitalen Mängelmelder, eine Plattform für Whistleblower, ein Veröffentlichungsportal, die Verbesserung des OpenData-Angebotes, ein landesweites Portal für kommunale eGovernment-Dienstleistungen, ein Überwachungskamera-Register und ein 1.000-Hotspots-Programm für freies WLAN in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen.

7. VERKRUSTETE PERSONALSTRUKTUR

Die Grünen versprechen eine „visionäre“ und „mutige“ Politik. Doch ihre Spitzenkandidatin Monika Heinold ist mit 58 Jahren deutlich älter als der durchschnittliche Schleswig-Holsteiner (45 Jahre) und ist seit mehr als 20 Jahren hauptberuflich Politikerin. Auf den zehn ersten Listenplätzen (Durchschnittsalter: 52 Jahre) soll nur ein Nicht-Abgeordneter neu in den Landtag einziehen.



V.i.S.d.P. Patrick Breyer, Ringstr. 58, 24103 Kiel

3. ENERGIEWENDE WIRD VOR DIE WAND GEFAHREN

Nach Plänen der rot-grün-blauen Landesregierung sollen akzeptierte Bürgerwindparks etwa in Nordfriesland nicht weiter betrieben werden dürfen, während in Gemeinden mit klar ablehnenden Bürgerentscheiden neue Anlagen errichtet werden sollen. Als Ergebnis dieser Politik ist inzwischen jeder zweite Schleswig-Holsteiner vollständig gegen einen Ausbau der Windenergie an Land – Tendenz steigend. Die Grünen stimmten im Landtag dennoch gegen einen Gesetzentwurf der PIRATEN, nach dem zur Sicherung der Akzeptanz Gemeindebeschlüsse und Bürgerentscheide zu neuen Windparks verbindlich von der Landesplanung beachtet werden sollen. Der Behauptung der Landesregierung, ein solches Gesetz sei nicht zulässig, widersprechen namhafte Juristen.

4. GEHEIMHALTUNG STATT TRANSPARENZ

Mit den Stimmen der Grünen soll der öffentliche Zugangs zu **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes** des Landtags, der beispielsweise die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen prüft, gestrichen werden. Der grüne Umweltminister hält **Bohrpläne von Erdölkonzernen** als „Geschäftsgeheimnisse“ geheim. Die **Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten** sollen nicht wie versprochen betragsgenau und auch erst nach Abschluss der Landtagswahl im Mai 2017 veröffentlicht werden. Die Grünen stimmten gegen die PIRATEN-Initiative zur Offenlegung der Verfasser von Gesetzentwürfen, die von Lobbyisten abgeschrieben wurden (**Gesetzgebungs-Outsourcing**). Die grüne Finanzministerin und Spitzenkandidatin Monika Heinold baute Schlupflöcher in das von den PIRATEN initiierte Gesetz zur **Offenlegung öffentlicher Managergehälter** ein, so dass die Gehälter bei bestehenden Verträgen, Kammern, öffentlichen Banken und Versicherungen geheim bleiben. Übrigens finden die **Sitzungen der Grünen im Landtag** vollständig hinter verschlossenen Türen und ohne Internet-Übertragung wie bei den PIRATEN statt.

5. MEHR ÜBERWACHUNG, ABBAU VON BÜRGERRECHTEN

Unter rot-grün-blauer Landesregierung wurde die **Videoüberwachung** in Nahverkehrszügen ausgeweitet, in Streifenwagen eingebaut, im Justizvollzug und bei psychisch kranken Straftätern erlaubt. Das neue **Versammlungsgesetz** erlaubt die verdachtslose Durchsuchung von Demonstranten, die Videoüberwachung ganzer Demonstrationen aus der Luft, vorbeugende Verbote der Teilnahme an Demonstrationen, sieht höhere Bußgelder und weitreichende Anzeigepflichten für Veranstalter vor. Der Bau eines neuen **„Telekommunikations-Überwachungszentrums Nord“** wurde mit den Stimmen der Grünen beschlossen. Der grüne Umweltminister stimmte im Bundesrat für den **Zwangseinbau digitaler Stromzähler** in jede Privatwohnung, die privateste Informationen über unsere Anwesenheit und unser Verhalten in den eigenen vier Wänden sammeln. Nach dem Landesgesetz zur **Bestandsdatenauskunft** dürfen Polizei und Verfassungsschutz nicht nur von Telekommunikationsanbietern wie der Telekom, sondern auch von „Telemedien-Diensteanbietern“ wie Facebook, Google oder Twitter Daten über die Nutzer und ihr Kommunikations- und Surfverhalten einschließlich ihrer Passwörter abgreifen. Die Grünen lehnten Anträge der PIRATEN ab, Schleswig-Holstein möge gegen die **Vorratsdatenspeicherung** vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und im Bundesrat die Aufhebung des grundrechtswidrigen Gesetzes beantragen.

6. KEIN GELD ZUR GESTALTUNG DER DIGITALEN REVOLUTION

Die Grünen im Landtag lehnen es ab, Geld bereitzustellen für eine Online-Sprechstunde der Bürgerbeauftragten, verbesserte Abrufbarkeit von Vorlesungen über das Internet, ein Portal zur Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren, einen digitalen Mängelmelder, eine Plattform für Whistleblower, ein Veröffentlichungsportal, die Verbesserung des OpenData-Angebotes, ein landesweites Portal für kommunale eGovernment-Dienstleistungen, ein Überwachungskamera-Register und ein 1.000-Hotspots-Programm für freies WLAN in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen.

7. VERKRUSTETE PERSONALSTRUKTUR

Die Grünen versprechen eine „visionäre“ und „mutige“ Politik. Doch ihre Spitzenkandidatin Monika Heinold ist mit 58 Jahren deutlich älter als der durchschnittliche Schleswig-Holsteiner (45 Jahre) und ist seit mehr als 20 Jahren hauptberuflich Politikerin. Auf den zehn ersten Listenplätzen (Durchschnittsalter: 52 Jahre) soll nur ein Nicht-Abgeordneter neu in den Landtag einziehen.



V.i.S.d.P. Patrick Breyer, Ringstr. 58, 24103 Kiel